

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dresdner Nachrichten-Verlag, Dresden, Postfach 10111, Telephon 12345

Druck: Druckerei der Dresdner Nachrichten, Dresden, Postfach 10111, Telephon 12345

Abdruck: Nachdruck ist ohne Genehmigung des Verlegers nicht zulässig

Letzte Vorbereitung für Lausanne

Deutschland lehnt jede Zwischenlösung ab

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Juni. Das Reichskabinett besaßte sich am Montagvormittag mit den letzten Arbeiten zur Vorbereitung der Lausanner Konferenz, über die völlige Einmütigkeit erzielt wurde. Die Ziele für Lausanne sind eindeutig genug; eine sogenannte Zwischenlösung wird kategorisch abgelehnt, da die Beilegung seinerlei Aussichten mehr zuläßt.

Deutschland verlangt, wie schon in der Regierungserklärung mitgeteilt, völlige politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung unter grundsätzlicher Liquidierung der leidigen Reparationsfrage.

Zu der Wilhelmstraße wird in diesem Zusammenhang davon gewarnt, der zur Zeit im Gange befindlichen Stimmungsmache der französischen Presse zu verfallen, die die Sache jetzt so darstellt, als sei zwischen London und Paris bereits eine grundsätzliche Einmütigkeit über die in Lausanne zu wählende Haltung erzielt worden.

Die deutsche Delegation verläßt mit dem Reichskanzler an der Spitze am Dienstagabend Berlin. Die Stellvertretung des Reichspräsidenten wird Reichsinnenminister von Gaus übernehmen.

Der Reichspräsident fährt nach Meudon

Berlin, 13. Juni. Reichspräsident v. Hindenburg wird demnächst noch einmal eine Reise nach Opatowitz antreten. Er beabsichtigt, einen zweiten kurzen Urlaub auf seinem Gut Meudon zu verbringen. Diese Reise ist nicht so sehr durch die Erholungsbedürftigkeit des Reichspräsidenten bedingt, als durch die Notwendigkeit, daß im Reichspräsidentenpalais ziemlich umfangreiche Erneuerungsarbeiten vorgenommen werden müssen. In der Zwischenzeit sollen die Amtsräume und die Wohnung des Reichspräsidenten nach der alten Reichskanzlei verlegt werden. Wie lange sich die Umbauarbeiten im Reichspräsidentenpalais hinziehen werden, steht noch nicht fest. Sie sind aber voraussichtlich ziemlich langwierig, denn es wird erklärt, daß Hindenburg „höchstens zur Jahreswende wieder sein Palais beziehen könne“.

Reichsregierung und Rundfunk

Berlin, 13. Juni. Der Reichsinnenminister hat im Einvernehmen mit dem Reichspostminister einen Erlaß über

die Inanspruchnahme des Rundfunks durch die Reichsregierung herausgegeben. Die Reichsregierung behält sich in diesem Erlaß vor, den Rundfunk täglich eine halbe Stunde lang innerhalb der Stunde von 18.30 bis 19.30 Uhr für Vorträge in Anspruch zu nehmen, in denen die Aufgaben und Absichten der Regierung erläutert werden sollen. Die Durchführung dieser Regierungsvorträge im einzelnen wird von der Präsidentschaft geleitet werden. Die Vorträge sollen über den Rundfunk übertragen werden und auf alle Sendegesellschaften übertragen werden. Die Reichsregierung will in dieser halben Stunde, soweit sich die Notwendigkeit dazu herausstellt, täglich mit dem deutschen Volk in Verbindung treten. Sie beabsichtigt damit denselben Weg, den die Regierung Brüning bereits gegangen ist, allerdings wird nach dem Kurswechsel auch im Rundfunk ein neuer Geist zu spüren sein.

Die Pressenotverordnung wird gemildert

Berlin, 13. Juni. Der Reichsinnenminister Freiherr von Gaus teilte am heutigen Montag bei einer Besprechung mit, daß er beabsichtigt, in der bevorstehenden innerpolitischen Notverordnung die Pressenotverordnung zwar nicht ganz aufzuheben, wohl aber wesentlich zu mildern. Eine Verschärfung von Bestimmungen ist künftig überhaupt nicht mehr erfolgen. Wenn bisher Zeitungen verboten werden konnten mit der Begründung, daß sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdeten, so soll dieser Verbotgrund für die Zukunft fortfallen. Dafür soll als neuer Verbotgrund gelten, wenn Zeitungen oder Zeitschriften lebenswichtige Interessen des Reiches durch Veröffentlichung oder Verbreitung unwahrer oder entstellter Nachrichten gefährden. Diese Bestimmung hat vor allem den Schutz der auswärtigen Interessen des Reiches und der Landesverteidigung im Auge. Die Verbotstrafen sollen um die Hälfte herabgesetzt werden.

Neue Notverordnungen Mittwoch früh

Berlin, 13. Juni. Die Presseabteilung der Reichsregierung hat die Vertreter der Presse am Dienstagmorgen 5 Uhr zu einer Konferenz eingeladen, in der die beiden neuen Notverordnungen der Öffentlichkeit übergeben werden sollen. Mit einer Veröffentlichung des Inhalts ist also erst in den Mittwochmorgenzeitungen zu rechnen.

Frankreich verfolgt seine Donaupläne fort

Die Besprechungen Herriot-Macdonald

Paris, 13. Juni. Die französisch-englischen Besprechungen werden von der Presse im allgemeinen günstig, wenn auch hinsichtlich ihres Ergebnisses zurückhaltend beurteilt. „Welt Posten“ meint, daß man sich außerordentlich um eine Verständigung über die in den kommenden Verhandlungen zu behandelnden Methoden bemüht habe, und glaubt, daß diese Bemühungen von Erfolg gekrönt werden werden. Alles in allem behauptet die „Welt Posten“ die Erklärungen, die Ministerpräsident Macdonald und Ministerpräsident Herriot gestern durch das Mikrophon abgegeben haben, weil es darin

die Befähigung der Beförderung der französisch-englischen Zusammenarbeit

erklärt. — „Journal“ ist etwas abwartender. Erst in Genf und Lausanne, schreibt das Blatt, werde man das wahre Ergebnis der Pariser Besprechungen feststellen können. Der wesentliche Sach der Kommunikation sei hier, in dem erklärt wurde, daß die Gemeinamkeit der Ansichten zwischen den englischen und den französischen führenden Kreisen einen glücklichen Abschluß der Verhandlungen von Lausanne und Genf voraussetzen ließe. Man könne vielleicht an diese Erklärung glauben, weil die alte Solidarität zwischen Frankreich und England trotz aller Differenzen nach Danubiusstreitigkeiten fortbesteht und die Freigabe in Deutschland gegenseitig seien, die Solidarität zu stärken. — Etwas präzisier wird in seinen Ausführungen der Außenminister des „Echo de Paris“ über das österreichische Problem anlangend, so sei die französische Regierung geneigt, zu der von Österreich geforderten Hilfe am meisten beizutragen. Aber Herriot und Germalin Martin seien sich klar geworden, daß sie Österreich nicht Geld geben und gleichzeitig den Forderungen der französischen Alliierten, Serbien, Rumänien usw., gegenüber laub bleiben könnten.

Daher verlange die französische Regierung, daß die österreichische Hilfe einen Teil eines allgemeinen Planes der Sanierung der Donauländer bilde. Macdonald habe sich überdies, so schreibt das Blatt, dafür

hart gemacht, Deutschland zu einer Erklärung über seine friedlichen Absichten gegenüber Polen zu bewegen. Aber er habe sich beklommen, weil er gemeint habe, ein derartiges Dokument würde ihm verweigert werden. Er sei daher auf den Gedanken verfallen, eine Art gemeinsame Erklärung von den verschiedenen Delegationen in Lausanne unterzeichnen zu lassen, in dem die Erinnerung an den Kelloggspakt aufgeführt und die Erklärung, daß man dem Werk der Pazifisten treu bleibe und den Krieg verurteile, festschreiben würde.

Das Echo in Londoner Blättern

London, 13. Juni. Die hoffnungsvolle Note, die zu den Pariser Besprechungen von der Sonntagspresse angeklungen wurde, klingt auch in den Neuigkeiten der heutigen Morgenblätter wider, wenn auch verschiedentlich vor übertriebenen Erwartungen gewarnt wird. Die Pariser Korrespondenten der Londoner Blätter erwarten,

daß in Lausanne eine Verlängerung des Moratoriums um sechs Monate vorgenommen wird

und daß Frankreich in Genf zu einer Verminderung seines Deerebudgets um 10 Prozent sich bereitstellen wird. — „Times“ sagt in einem Leitartikel: Ein neuer Geist scheint eingeblasen zu sein, der einer realistischen Regelung des verwickelten Problems der Reparationen und der Kriegsschulden und vielleicht sogar des nicht weniger verwickelten Problems der Abrüstung entschlüsseln könnte. Der Pariser Korrespondent der „Times“ sagt: Von Lausanne wird wenig mehr als eine zeitweilige Regelung erwartet. Für möglich gehalten, anlässlich der letzten Neuierungen der amerikanischen Regierung über die Kriegsschulden und angefaßt der durch den Regierungswechsel in Deutschland geschaffenen Lage.

Daß Deutschland weder in diesem noch im nächsten Jahre Reparationen bezahlen kann, und die Tatsache, daß kein deutscher Staatsmann die Verantwortung übernehmen wird, zu sagen, daß die Zahlungen wieder aufgenommen werden können, betrachte man nicht länger als willkürliche und einseitige Verleumdung der Daager Vereinbarungen, sondern als durchweg vernünftig.

Während Paris die Haltung Großbritanniens als Zeichen eines neuen Geistes in den englisch-französischen Beziehungen begrüßt, müsse man gleichzeitig zugeben, daß die Haltung Frankreichs einer gerechten Würdigung des britischen Standpunktes beträchtlich nähergekommen sei.

Man lasse an zu bezweifeln, daß das 1919 geschaffene System zum großen Teil eine Illusion gewesen, und daß es hohe Zeit sei, wieder zur Wirklichkeit zurückzukehren.

„Daily Mail“ sagt, die Aussichten seien ein wenig besser. Aber England dürfe nicht auf Reparationen und Kriegsschulden verzichten, so lange es Amerika weiterbezahlen müsse. — „Daily Express“ hofft, daß die britischen Delegierten in Lausanne erklären, daß England keine weiteren Kriegsschulden fordern oder bezahlen werde. — „Daily Herald“ verlangt Wiedergutmachung der Fehler von Versailles durch Befreiung der Schulden und der Rüstungslasten. — „News Chronicle“ sagt, das Terrain für Lausanne werde sorgfältiger und erfolgreicher vorbereitet, als es bei irgendeiner internationalen Konferenz der neueren Zeit der Fall gewesen sei. Bei den einleitenden Besprechungen zwischen Macdonald und Herriot sei ein ungewohnt warmer und freundschaftlicher Ton zu bemerken gewesen. Es bestehe auch Grund zu der Annahme, daß die Besprechungen zwischen Herriot u. Neurath und Macdonald das Ergebnis zeitigt hätten, den Gang der Außenpolitik der neuen deutschen Regierung in der von Dr. Brüning seit seiner Behaltene Richtung zu befestigen und zu bekräftigen.

Macdonald und Herriot nach Genf unterwegs

Paris, 13. Juni. Macdonald und die britische Abordnung sind heute vormittag nach Genf abgereist. In einem anderen Wagen desselben Zuges fahren Herriot, Paul Doumer und Marcel Ray. Weder der englische, noch der französische Ministerpräsident haben vor der Abreise Erklärungen abgegeben.

Fünf Jahre Zuchthaus gegen Abel beantragt

München, 13. Juni. Im Meinedsprozess Abel gab heute der Sachverständige Obermedizinalrat Dr. Vogler sein Urteil über den Geisteszustand des Angeklagten Abel ab. Man müsse Abel als erblich belasteten und degenerierten Psychopathen ansehen. Seine geistigen Fähigkeiten seien gut, aber die moralischen Qualitäten fast verflümmert.

Der Staatsanwalt beantragt gegen Abel wegen zweier Verbrechen des Meineds fünf Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust, dauernde Arbeitsunfähigkeit und sofortige Verhaftung.

Sowohl die Ausführungen Abels über Rath und den Voreis-Mord wie auch die Befundungen Abels im Prozess Diller-Grasle, wo es sich um italienische Weiber an Hitler handelte, hätten sich als vollkommen unwahr erwiesen.

Nach dem Plädoyer des Staatsanwaltes und kurzer Beratung verkündete das Gericht den Beschluß, den Angeklagten Abel, der seinerzeit aus der Haft entlassen worden war, wegen Zuchthaus wieder in Haft zu nehmen.

Spuren des Dzeanfliegers Hans Bertram

London, 13. Juni. Einer Meldung des „Exchange Telegraph“ aus Perth (Australien) zufolge, haben Eingeborene etwa 150 Kilometer nordwestlich von Wundamba Spuren des deutschen Fliegers Hans Bertram und seines Begleiters gefunden. Sie entdeckten dort Fußspuren von zwei weißen Männern und fanden eine Ausrüstungsbox mit den Buchstaben D. U., auf der einige deutsche Worte mit einem Nagel eingeklebt waren, sowie ein Taschentuch. Die Behörden haben veranlaßt, daß sofort die Suche nach Bertram und seinem Begleiter, die am 13. Mai von Rotang nach dem östlichen Teil von Timor aufgebrochen waren, durch ein Flugzeug aufgenommen wird.

Großfeuer im Berliner Lunapark

Berlin, 13. Juni. Am Montag früh brach im Lunapark ein Brand aus, der großen Schaden anrichtete. Gegen 1 Uhr wurde in dem unteren Teil eines der beiden Vektürme, die das Hauptrestaurant flankieren, Feuerfisch bemerkt. Als die Feuerwehr anrückte, waren bereits ein Teil des Restaurants sowie die Spielautomatenhalle ausgebrannt. Der dreiflügelige hohe Vektürm stand bald bis zur Spitze in Flammen. Die Löscharbeiten gestalteten sich infolge der ungenügenden Dispersionsstrahlung sehr schwierig. Der Pavillon ist bis auf das Eisengerippe ausgebrannt.

Zwei Tote bei einem Flugzeugabsturz

Inherbura, 13. Juni. Bei der am Sonntag in Inherbura stattgefundenen Flugveranstaltung auf dem Flugplatz Hermannshof geriet das Flugzeug D 1079 mit dem Piloten Vreth und Tellenborg ins Trudeln und stürzte aus 400 Meter Höhe ab. Die Maschine bohrte sich etwa anderthalb Meter in den Erdboden. Der Pilot Vreth war sofort tot; Tellenborg starb an seinen schweren Verletzungen kurz nach der Entlieferung in das Krankenhaus.